

Klingemann, Hans-Dieter

Article — Digitized Version

Politische Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung?

Politische Bildung: Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1972) : Politische Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung?, Politische Bildung: Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, ISSN 0554-5455, Klett, Stuttgart, Vol. 5, Iss. 4, pp. 24-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123043>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Hans D. Klingemann

Politische Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung?

Einleitung

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, welche *Faktoren die Wahlentscheidung* der Bürger in diesem Lande bestimmen. Die Literatur zu dem angesprochenen Problemkreis ist umfangreich, die vertretenen Theorien sind widersprüchlich¹. In einer Feststellung scheinen sich die empirisch vorgehenden Wahlanalysen jedoch weitgehend einig zu sein: die Mehrheit der Staatsbürger entspricht nicht dem differenzierenden, auf politische Ereignisse reagierenden und seiner Interessenlage entsprechend handelnden Typ. Wir meinen, daß diese Feststellung neu überdacht werden muß. Das gilt nicht nur in bezug auf die häufig unangemessene Kennzeichnung des „idealen“ Bürgers, der den Standards der professionellen Politiker eher entspricht als denen, die man von Menschen erwarten kann, für die Politik nur ein Aspekt unter vielen ist, mit denen sie sich in der alltäglichen Umwelt auseinandersetzen müssen. Es gilt vor allem im Hinblick auf die *Datenbasis*, die den mitgeteilten Ergebnissen zugrundeliegt. Eine Umfrage, kurz vor oder kurz nach einer Wahl veranstaltet, liefert in den meisten Fällen die Evidenz für höchst generelle Theorien. Diese Vorgehensweise kann den Prozeß der Meinungsbildung über Politik jedoch nur unvollkommen erfassen. Sie geht von der Voraussetzung aus, daß sich der Befragte in der Interviewsituation an die wesentlichen Stationen seiner Urteilsbildung, etwa über die politischen Parteien, zurückerinnert. Wie Untersuchungen zeigen, trifft das indes nur auf kleine Bevölkerungsgruppen zu: zum einen auf Personen, die sich erst kurz zuvor für die Unterstützung einer bestimmten Partei entschieden haben, zum anderen auf Personen, die, etwa durch eine entsprechende Schulbildung, gelernt haben, in größeren Zeitabschnitten zu denken.

Die Überprüfung von Theorien, die auf einen *langfristigen Meinungsbildungsprozeß* abstellen, scheiterte bisher vor allem an der Datenlage. Erst mit dem Anwachsen der Bestände an älteren Wahlumfragen ergab sich für den gewöhnlich ahistorisch vorgehenden Verhaltenswissenschaftler die Möglichkeit von langfristigen Trenduntersuchungen². Wir wollen von dieser Möglichkeit im zweiten Abschnitt Gebrauch machen und Umfrageergebnisse aus den Jahren von 1961 bis 1969 vergleichen. Zunächst soll jedoch im ersten Abschnitt ein *Erklärungsmodell* vorgestellt werden, das den *Einfluß politischer Ereignisse auf die individuelle Wahlentscheidung* betont.

Das bedeutet nicht, daß das Wahlverhalten als automatische Reaktion auf Wahlkampfstimuli angesehen wird, die aus der Werkstatt einfallsreicher Werbefachleute kommen. Im Gegenteil, das vorgeschlagene Erklärungsmodell will sich von solchen Vorstellungen be-

¹ Eine Übersicht über die Literatur zu den Wahlen im Nachkriegsdeutschland findet sich im Literaturhinweis, unten S. 39 f.

² Diese Möglichkeit wurde vor allem durch den Aufbau von Archiven für Umfrageforschung gefördert.

wußt abgrenzen. Ebenso bewußt geht es auch von Theorien ab, die in der Wahlentscheidung des Bürgers lediglich einen durch einige sozialstrukturelle Merkmale, wie etwa sozio-ökonomische Lage oder Konfessionszugehörigkeit, determinierten Akt sehen. V. O. Key, Jr. hat den Ansatz, den auch wir verfolgen wollen, in seinem Buch „The Responsible Electorate“ so charakterisiert: „The perverse and unorthodox argument of this little book is that voters are not fools. To be sure, many individual voters act in odd ways indeed; yet in the large the electorate behaves about as rationally and responsibly as we should expect, given the clarity of the alternatives presented to it and the character of information available to it.“³ Kurz gesagt, heißt das: die Wahlentscheidung der Bürger könnte auch etwas mit Politik zu tun haben.

I. Ein Modell zur Erklärung individueller Wahlentscheidung

In den *bisherigen Ansätzen der empirischen Wahlforschung*⁴ dominieren Erklärungsmodelle, die einen Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Gegensätzen der Gesellschaft und der politischen Orientierung ihrer Mitglieder herzustellen versuchen. Unter diesen Arbeiten wiederum fand die These, daß politische Parteien als Repräsentanten bestimmter Klasseninteressen anzusehen seien und ihre Wähler durch die Vertretung eben dieser Interessen gewinnen, die größte Aufmerksamkeit. „Linke“ Parteien sind danach die Anwälte der unteren Schichten, „rechte“ Parteien die der höheren Schichten. Dieses Konzept zur Erklärung von Wählerverhalten kann unschwer auf andere sozialstrukturelle Verschiedenheiten von Bevölkerungen übertragen werden, zum Beispiel auf konfessionelle, ethnische oder regionale Unterschiedlichkeiten. Ein Blick in die Literatur zeigt, daß die empirische Wahlforschung auch der Behandlung des Einflusses dieser nicht klassenbezogenen Merkmale breiten Raum gibt.

Nun kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Wählerschaften etwa der SPD und der CDU/CSU in ihren sozialstrukturellen Merkmalen, zumindest schwerpunktmäßig, unterscheiden. Man kann diese Unterschiede mit Hilfe einer Kontrastgruppenanalyse in der Weise zusammenfassen, wie dies z. B. K. Liepelt und A. Mitscherlich getan haben⁵. Die dort getroffene Feststellung, daß sich die gewerkschaftlich gebundene Arbeiterschaft vor allem der SPD zuwendet und daß im traditionell katholischen Milieu die CDU/CSU dominiert, ist sicher eine wichtige Feststellung. Eine Feststellung zudem, die sich in der historischen Perspektive mit ganz bestimmten politischen Ereignissen verbinden ließe, die den vorgefundenen Sachverhalt begründen könnten.

Die Schwäche des Ansatzes besteht aber darin, daß er nicht erklären kann, warum in verschiedenen Gesellschaften verschiedene sozialstrukturelle Konflikte mit verschiedener Intensität in Politik übersetzt werden. Kurz, der Ansatz leidet darunter, daß er *politischen*

³ Vladimir Orlando Key, Jr.: *The Responsible Electorate* (Vintage Books, Alfred A. Knopf, Inc. and Random House, Inc., New York 1968) S. 7.

⁴ Vgl. hierzu auch W. Manz in diesem Heft, unten S. 51–54.

⁵ Vgl. Klaus Liepelt und Alexander Mitscherlich (Hrsg.): *Thesen zur Wählerfluktuation* (Frankfurt/M. 1968) S. 73 f. Ergebnisse in den Materialien Nr. 3, unten S. M 2 f.

Faktoren, dem Verhalten und den Strategien politischer Parteien etwa, für die Erklärung der politischen Orientierung von Bürgern zu wenig Raum gibt. Natürlich ist Wählerverhalten auch als ritualisiertes Verhalten denkbar, und man kann sicher auch die Veränderung politischer Einstellungen etwa mit der Wohnsitznahme in einem anderen Milieu erklären. Wir meinen aber, daß ein solcher *sozialstrukturell-deterministischer Ansatz*, die ständige Suche nach der „unsichtbaren Hand“, der Wirklichkeit des Wählerverhaltens in unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht wird.

Das hier vorgeschlagene Erklärungsmodell⁶ geht davon aus, daß *politisches Verhalten* im wesentlichen als *Reaktion auf innen- und außenpolitische Ereignisse* zu verstehen ist. Ereignisse dieser Art, die als Produkt des Handelns vor allem der politischen Führungsgruppen von Gesellschaften begriffen werden und die Werthaltungen bzw. Zielvorstellungen der Wählerschaft tangieren, müssen durch drei Merkmale gekennzeichnet sein, um bestimmte Einstellungen, die ein bestimmtes Verhalten zur Folge haben können, zu bewirken:

1. Das politische Ereignis muß sich sichtbar von solchen Geschehnissen abheben, die das alltägliche Geschäft der Politik begleiten. Die Behandlung in den Massenmedien ist ein notwendiges Korrelat solcher Ereignisse.
2. Die politische Konsequenz, die Relevanz des politischen Ereignisses, muß vom Individuum perzipiert werden. Diese Bedingung wird in der Regel durch vollzogenes politisches Handeln der Führungsgruppen, d. h. tatsächlich eingetretene Ereignisse, eher erfüllt als durch politische Absichtserklärungen, d. h. Prognosen von Ereignissen.
3. Das politische Ereignis muß auf die politischen Parteien rückbezogen werden können. Dies betrifft vor allem die Bewertung der Parteien in bezug auf die Kompetenz, in bestimmten Situationen bestimmte, von den Wählern als wichtig erachtete Ziele erreichen zu können.

Unsere These ist also, daß sich *politische Ereignisse*, je nach dem Grad ihrer Sichtbarkeit und ihrer perzipierten politischen Konsequenz, in einer bestimmten *Einschätzung der politischen Parteien* spiegeln. Damit wird dem politischen Ereignis und den politischen Parteien eine dominierende Rolle im Prozeß der Reduzierung der Komplexität politischer Prozesse zugewiesen. Dem politischen Ereignis kommt dabei die Funktion eines „Signals“ zu, das dem Wähler die Überprüfung des Bildes gestattet, das er sich in bezug auf die Reaktion der politischen Parteien gemacht hat. Entspricht die Reaktion den Erwartungen, so ist eine Verstärkung der Parteiidentifikation zu erwarten; entspricht die Reaktion diesen Erwartungen nicht, so wird die Parteiidentifikation abgeschwächt. Unsere These impliziert, daß in der Folge solcher Ereignisse das politische Interesse und das Informationsbedürfnis über Politik in der Gesamtbevölkerung stark ansteigen. Beides, politisches Interesse und Aufnahmebereitschaft für politische Information, sinkt dann rasch wieder

⁶ Dieses Modell wurde in Zusammenarbeit mit Franz Urban Pappi entwickelt. Die Darstellung folgt den Ausführungen in: Hans D. Klingemann und Franz Urban Pappi: Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969. In: Politische Vierteljahresschrift, 11. Jg. (1970) Heft 1, S. 126–127.

ab, wenn das Ereignis im „normalen“ politischen Prozeß von den professionellen Politikern in einer Weise verarbeitet wird, die den Erwartungen der Wählerschaft entspricht.

Das hier vorgeschlagene Modell geht also davon aus, daß die Bewertung der wechselnden politischen Ereignisse einen bleibenden Niederschlag in der Attitüde gegenüber den einzelnen Parteien eines gegebenen Parteiensystems findet. Auch wenn, was die Regel ist, die konkreten Anlässe für die Bewertungen vergessen werden, so drückt der Grad der Parteiidentifikation *die geronnene Erfahrung mit diesen Parteien und ihrer Leistungsfähigkeit* aus. Der Maßstab für die Bewertung der Reaktionen der politischen Parteien auf politische Ereignisse sei weitgehend auf die Interessenlagen und Zielvorstellungen der Wähler bezogen. Formal kann man den Gedankengang wie folgt darstellen (Abb. 1 S. 28): Je häufiger die Schleife 1 durchlaufen wird, um so eher wird eine bestehende Parteiidentifikation verstärkt; je häufiger die Schleife 2 durchlaufen wird, um so eher wird eine bestehende Parteiidentifikation abgebaut und eine Bereitschaft zur Veränderung des Wahlverhaltens erzeugt.

Diese Modellskizze setzt als *Normalzustand* voraus, daß die überwiegende Zahl der Wahlberechtigten eine *positive Einstellung gegenüber den Systemparteien* hat und sich bei Wahlen für eine dieser Parteien entscheidet. Einschneidende Veränderungen im Parteiensystem können andere Ansätze besser fassen. Wir können jedoch davon ausgehen, daß für den hier zu behandelnden Zeitraum die genannte Einschränkung von untergeordneter Bedeutung ist.

II. Überprüfung des Modells anhand von Daten aus dem Zeitraum von 1961 bis 1969

In der folgenden Analyse werden wir versuchen, *politische Ereignisse* und die *Einstellungen der Wählerschaft* auf systematische Weise miteinander in Beziehung zu setzen. Dabei wollen wir im ersten Teil auf die *Reagibilität* der Wählerschaft, im zweiten Teil auf die *Differenzierungsfähigkeit* der Wählerschaft abstellen. Abschließend soll im dritten Teil das relative Gewicht von Parteisympathie und Parteikompetenz für die *Prognose* von Konstanz und Wechsel der Wahlentscheidung im Vergleich zu anderen Variablenkomplexen mit Hilfe einer Diskriminanzanalyse geprüft werden.

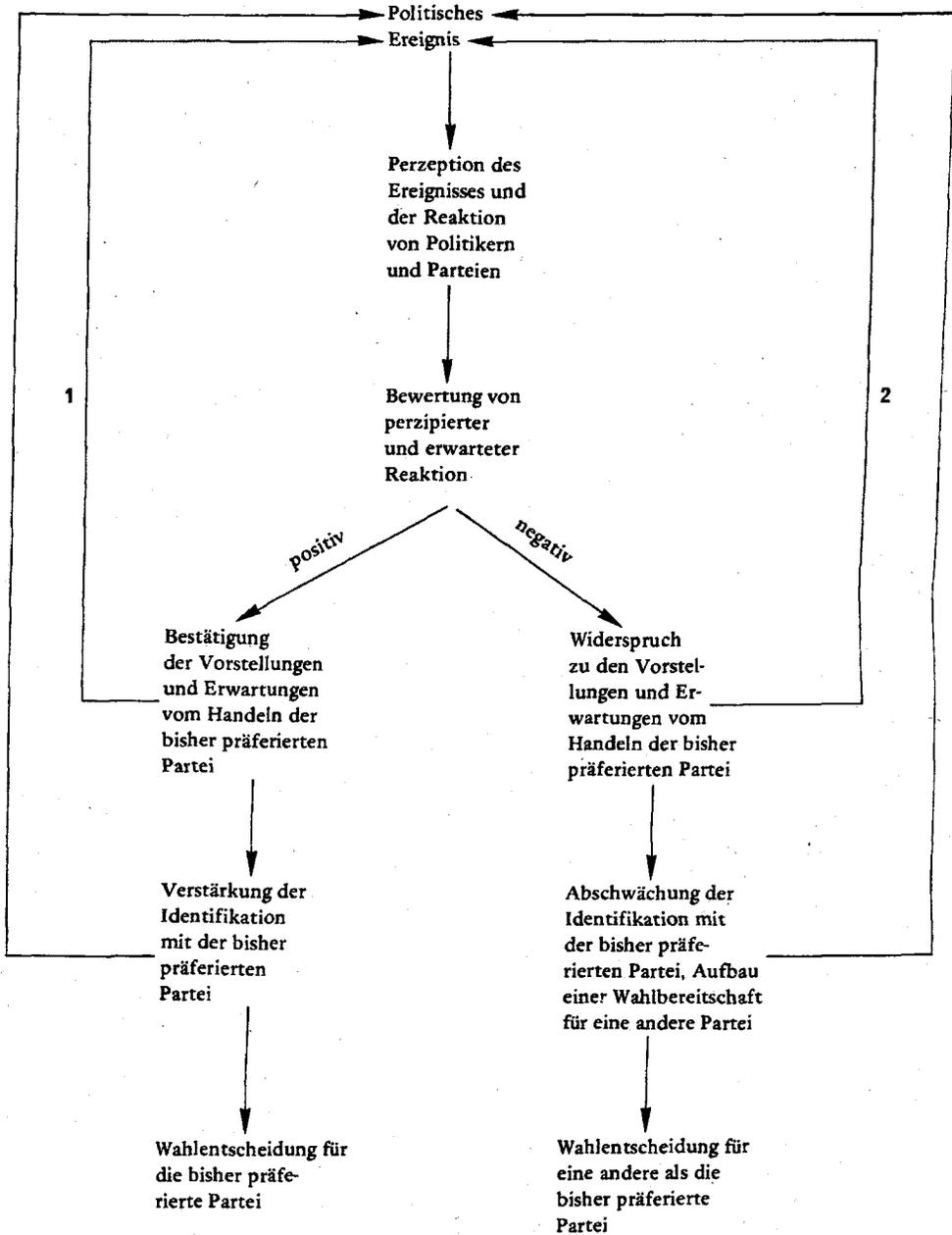
1. Politische Ereignisse und die Entwicklung der Parteisympathie

Die hier dargestellten, ausgewählten Ergebnisse basieren auf der Analyse von mehr als 20 Umfragen aus der Periode von 1961 bis 1969⁷. Die *Einschätzung der politischen Parteien* wurde mit Hilfe einer Skalometerfrage gemessen. Diese Frage wurde in regelmäßigen Abständen einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt vorgelegt, so daß Reaktionen auf politische Ereignisse unmittelbar nach den Zeitpunkten gemessen werden konnten, an denen die Ereignisse stattfanden.

⁷ Die Umfragen wurden zum größten Teil durch das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, zur Verfügung gestellt.

Abbildung 1

Skizze eines Modells zur Erklärung von Wählerverhalten



Bei dieser *Skalometerfrage* werden die Befragten aufgefordert, den Grad ihrer Sympathie mit einer Partei auf einer Skala von +5 über 0 bis -5 auszudrücken. Im folgenden wird die Einstufung einer Partei durch eine Indexzahl angegeben, die Werte von +500 bis -500 annehmen kann. Je näher die Indexzahl dem Wert +500 kommt, für um so sympathischer wird eine Partei gehalten⁸.

Ein Beispiel für die *Sensitivität* des hier verwendeten Meßinstruments bietet, wie *Tabelle 1* zeigt, die Reaktion der Wählerschaft auf die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 1961 (S. 30). Vor der Bundestagswahl, im September 1961, wurde insbesondere die FDP mit einem für diese Partei relativ hohen Sympathiegrad bewertet. Nach der Regierungsbildung, im November 1961, drückte sich das Mißvergnügen der Wählerschaft über den Eintritt der FDP in eine Regierung Adenauer durch einen ebenso hohen, diesmal aber negativen Indexwert aus. Die Einstufung der SPD blieb zu beiden Zeitpunkten nahezu gleich. Die CDU/CSU hatte dagegen ebenso wie die FDP einen, wenn auch geringeren Sympathieschwund zu verzeichnen. Nach dem Durchsetzen der Kanzlerschaft Erhards zeigten die Indexwerte eine sichtbare Verbesserung sowohl bei der FDP als auch bei der CDU/CSU. Erst das Scheitern der Regierung Erhard brachte hier wiederum eine deutliche Veränderung zum Negativen in bezug auf diese beiden Parteien. Die Bildung der Großen Koalition ist zunächst also gekennzeichnet durch Sympathieverluste für die CDU/CSU und die FDP und dann – längerfristig gesehen – durch einen kräftigen Sympathiezuwachs für die SPD. Das „Stimmungstief“ für die SPD, das sich auch in den Ergebnissen einiger Landtagswahlen spiegelte, hielt nicht bis zum Jahre 1969 an. Wichtig ist, daß der seit Ende 1968 konstatierbare Sympathiezuwachs für die SPD zu einem großen Teil auf die geänderte Einstellung der CDU/CSU-Wähler zurückzuführen ist. Die Große Koalition schuf die psychologischen Voraussetzungen für die Wählerbewegungen von der CDU/CSU zur SPD. Die geänderte Einstellung zur FDP ist dagegen im wesentlichen durch eine negative Beurteilung der FDP durch die CDU/CSU-Wähler verursacht worden.

Aus *Tabelle 1* ergibt sich, und das verdient festgehalten zu werden, daß bei Beginn der Großen Koalition erstmals nach unseren Beobachtungen CDU/CSU und SPD mit etwa gleich großen Indexwerten als sympathisch eingestuft wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die CDU/CSU stets ein deutliches Übergewicht an positiven Nennungen im Vergleich zur SPD gehabt.

Nach der Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten, so ist der *Tabelle 2* (S. 30) zu entnehmen, veränderte sich die *Beurteilung der FDP* durch die Wähler der anderen Parteien und umgekehrt die Beurteilung der anderen Parteien durch die FDP-Wähler. Bei den SPD-Wählern überwogen zum ersten Male die positiven Einstufungen der FDP die negativen; die CDU/CSU-Wähler stuften dagegen die FDP etwas negativer ein. Wichtig ist, daß seit der Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten, mit den Stimmen der FDP, die SPD-Wähler die FDP stets positiver beurteilten als die CDU/CSU-Wähler. Bis zu diesem Zeitpunkt war es stets umgekehrt gewesen. Hier ist der *Aufbau einer psychologischen Barriere* zu sehen, die in der Folge die Wanderung von CDU/CSU-Wählern zur FDP drastisch verringerte. In der Einstufung der SPD durch die CDU/CSU-Wähler, wie auch der CDU/CSU

⁸ Diese Indexzahl wird mit Hilfe der relativen Häufigkeiten wie das arithmetische Mittel berechnet, nur mit dem Unterschied, daß das Ergebnis nicht durch 100 geteilt wird. Das hat zur Folge, daß die Skala nicht, wie ursprünglich, von +5 bis -5 läuft, sondern von +500 bis -500.

Tabelle 1: Parteisympathie für SPD, CDU/CSU, FDP und NPD im Zeitverlauf

Partei- Skalo- meter	Zeitraum										Vor der Bundes- tagswahl 1969
	Vor der Bundes- tagswahl 1961	Nach der Bundes- tagswahl 1961	Erhard Bundes- kanzler, Kleine Koalition: CDU/CSU und FDP	Juli 64	Nov.	Okt.	Nov.	April	Febr.	März	
SPD	+ 108	+ 108	+ 191	+ 137	+ 178	+ 154	+ 193	+ 213	+ 210	+ 249	
CDU/CSU	+ 196	+ 166	+ 210	+ 216	+ 151	+ 168	+ 180	+ 195	+ 207	+ 249	
FDP	+ 36	- 41	- 1	- 4	- 70	- 22	- 9	+ 22	+ 14	+ 58	
NPD	-	-	-	-	- 252	- 253	- 278	- 302	- 296	- 280	

Tabelle 2: Die Einstufung der jeweils anderen Parteien durch SPD-, CDU/CSU- und FDP-Wähler

	Vor der Bundestags- wahl 1961			Vor der Bildung der Großen Koali- tion 1966		Nach der Bildung der Großen Koali- tion 1966		Vor der Bun- despräsi- denwahl 1969		Nach der Bun- despräsi- denwahl 1969		Vor der Bun- destagswahl 1969	
	September	Oktober	November	Oktober	November	November	Februar	März	September	September	September		
CDU/CSU-Wähler stufen die SPD ein	- 58	+ 35	+ 67	+ 35	+ 67	+ 139	+ 134	+ 164					
SPD-Wähler stufen die CDU/CSU ein	+ 12	- 26	+ 55	- 26	+ 55	+ 106	+ 115	+ 166					
FDP-Wähler stufen die CDU/CSU ein	+ 143	+ 94	+ 126	+ 94	+ 126	+ 81	+ 106	+ 159					
FDP-Wähler stufen die SPD ein	+ 3	+ 52	+ 124	+ 52	+ 124	+ 69	+ 132	+ 191					
SPD-Wähler stufen die FDP ein	- 38	- 72	- 99	- 72	- 99	- 30	- 20	+ 69					
CDU/CSU-Wähler stufen die FDP ein	+ 38	+ 24	- 97	+ 24	- 97	- 15	- 19	+ 42					

durch die SPD-Wähler, waren dagegen vor der Wahl keine Veränderungen zum Negativen mehr zu beobachten.

Wir werten die Ergebnisse der hier angeführten Analyse als einen Hinweis auf die Fruchtbarkeit der *These, daß die Wähler auf politische Ereignisse reagieren* und daß sich die Bewertung der Aktionen der politischen Parteien in der Parteisympathie niederschlägt.

2. Politische Probleme und die Kompetenz der Parteien als Komponente der Parteisympathie

In diesem Abschnitt soll geprüft werden, welche *politischen Probleme* für die Wähler in den vergangenen Jahren wichtig waren, ob ein *Zusammenhang zwischen der Lösung dieser Probleme und den politischen Parteien* gesehen wird und wie das *Muster der Kompetenz-zurechnungen* im Hinblick auf die politischen Probleme und die Parteien aussieht. Zur Beantwortung dieser Fragen soll Material aus Wahlstudien der Jahre 1961, 1964 und 1969 herangezogen werden⁹. Die Befragten sollten in diesen Studien zunächst neun ausgewählte, politische Probleme nach der Bedeutung einstufen, die diese Probleme für sie persönlich hatten. Der Grad der Bedeutung sollte auf einer Skala angegeben werden, die Werte von 0 (keine Bedeutung) bis 10 (größte Bedeutung) annehmen konnte. Nach der Beurteilung der Bedeutung der einzelnen Probleme wurde der Befragte aufgefordert, die Partei zu nennen, die seiner Ansicht nach das durch das Problem gekennzeichnete Ziel am besten verwirklichen konnte. Im einzelnen handelte es sich um die folgenden politischen Ziele:

1. Preisstabilität
2. Steuersenkung
3. Bessere Ausbildung
4. Alterssicherung
5. Sauberkeit im Staat
6. Sicherheit vor UdSSR
7. Wiedervereinigung
8. Gute Beziehungen zu USA
9. Bessere Beziehungen zur UdSSR

Ein Blick auf die Mittelwerte der *Einstufungen der Probleme* nach der persönlichen Bedeutung für die Befragten zeigt zunächst eine beachtliche *Stabilität* im Zeitverlauf (Tabelle 3, S. 32). Das gilt sowohl für die Sicherung der Preise und die Alterssicherung, Probleme, die stets als besonders wichtig angesehen wurden, als auch für die Bedeutung eines guten Verhältnisses zu den USA und eines besseren Verhältnisses zur Sowjetunion, die nach der durchschnittlichen Einstufung ihrer Bedeutung stets am unteren Ende der Skala rangierten. Auffällige Veränderungen ergaben sich nur für die Bedeutung der Bildungspolitik, die im Vergleich zu 1961 und 1964 im Jahre 1969 als weit wichtiger einge-

⁹ Auch diese Umfragen wurden vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, zur Verfügung gestellt. Sie sind wie die vorherigen jeweils repräsentativ für die wahlberechtigte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, ohne West-Berlin.

Tabelle 3: Durchschnittliche Bedeutung ausgewählter politischer Probleme 1961–1969

	1961		1964		1969	
	\bar{x}^1	s^1	\bar{x}	s	\bar{x}	s
Preisstabilität	8.7	2.2	9.1	2.2	8.9	2.3
Steuersenkung	7.5	3.0	7.3	3.0	7.6	2.8
Bessere Ausbildung	5.9	3.5	5.5	3.3	7.2	3.0
Alterssicherung	8.5	2.4	8.3	2.5	8.6	2.5
Sauberkeit im Staat	7.6	3.0	7.7	2.8	8.2	2.5
Sicherheit vor UdSSR	7.9	3.0	7.3	3.2	7.3	3.1
Wiedervereinigung	8.4	2.7	8.4	2.7	7.2	3.1
Gute Beziehungen zu USA	7.1	3.0	7.0	2.9	7.0	2.7
Bessere Beziehungen zur UdSSR	6.5	3.3	6.7	3.1	6.4	2.9

¹ Anmerkung: \bar{x} = Mittelwert, s = Standardabweichung

stuft wurde, und im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands, deren Bedeutung im gleichen Zeitverlauf sank.

Mit Hilfe der Technik der *multidimensionalen Skalierung*, einem Verfahren, das in der Zielsetzung der Faktorenanalyse ähnlich ist, haben wir nun die Dimensionalität des „Bedeutungsraumes“, der durch die vorgegebenen neun politischen Probleme angesprochen wird, auf drei Dimensionen reduziert¹⁰. Die graphische Darstellung in *Abbildung 2* (S. 33) zeigt deutlich, daß sich diese Probleme u. a. entlang der Dimension „Innenpolitik – Außenpolitik“ anordnen lassen (in der Abbildung, in welcher die drei Dimensionen perspektivisch eingezeichnet sind, handelt es sich hierbei um die Dimension entlang des senkrechten Striches in der Mitte). Diese Darstellung zeigt aber vor allem, und das ist in unserem Zusammenhang entscheidend, *wie stabil die Struktur des Bedeutungsraumes über die Zeit geblieben ist*, da die Punkte, welche die Einschätzung der gleichen Probleme gemäß den drei verschiedenen Befragungen darstellen, durchweg nahe beieinander liegen.

¹⁰ Zu dieser Technik vgl. *Joseph B. Kruskal: Multidimensional Scaling by Optimizing Goodness of Fit to a Nonmetric Hypotheses*. In: *Psychometrica*. Vol. 29, No. 1, March 1964, S. 1–27. Zur Berechnung wurde das Programm MDSCALE von OSIRIS II benutzt. – Durch das Verfahren der multidimensionalen Skalierung versucht man die durch Assoziationskoeffizienten (in unserem Fall Kendall's tau b) gemessene *Ähnlichkeit zwischen Objekten* (in unserem Fall bedeutsame politische Probleme) *in einem euklidischem Raum möglichst kleiner Dimensionalität* darzustellen, wobei nach Kruskal nur die Information über die Rangordnung der Assoziationskoeffizienten benutzt wird, nicht die metrische Information. Die Verstöße gegen die monotone Beziehung zwischen den Ähnlichkeitsmaßen und der Zielkonfiguration werden mit einem Streß genannten Koeffizienten gemessen. Kruskal schlägt aufgrund seiner Erfahrungen als „Kochbuchregel“ vor, einen Streß von .10 noch als adäquat zu betrachten. (In unserem Falle betragen die Streßkoeffizienten 1961: .01, 1964: .02, 1969: .02). Die Achsen der Zielkonfiguration können, genau wie bei der Faktorenanalyse, durch Varimaxrotation und Zentrierung auf eine Einfachstruktur gebracht werden. Die Benennung der Achsen ist prinzipiell in das Belieben des Forschers gestellt. Da es in dem von uns betrachteten Zusammenhang in erster Linie auf die relative Nähe der Punkte (Bedeutung der Probleme) im Raum, d. h. auf die Demonstration der Stabilität ihrer Lage im Zeitverlauf ankommt, möchten wir auf eine Benennung der Dimensionen verzichten, obwohl die Graphik zumindest die Benennung einer der Dimensionen als „Innen- vs Außenpolitik“ nahelegt.

Abbildung 2

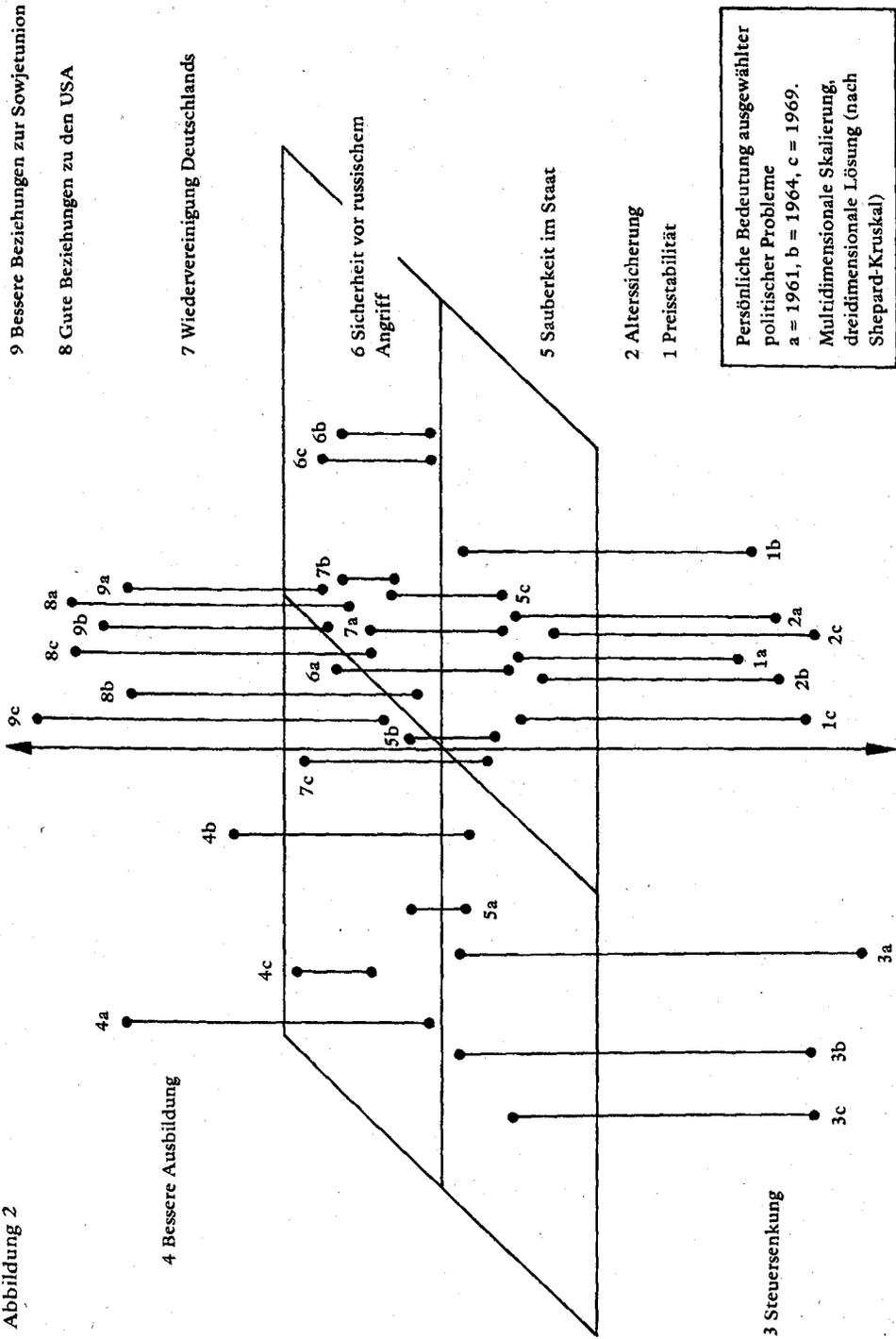


Tabelle 4: Die Struktur der Perception der Bedeutung ausgewählter politischer Probleme 1961-1969

Wichtigkeitsmuster	1961			1964			1969					
	Verteilung der Befragten auf die Wichtigkeitsmuster		Anzahl der unterschiedlichen Problembereichen bei den als wichtiger eingestuften Problemen	Verteilung der Befragten auf die Wichtigkeitsmuster		Anzahl der unterschiedlichen Problembereichen bei den als wichtiger eingestuften Problemen	Verteilung der Befragten auf die Wichtigkeitsmuster		Anzahl der unterschiedlichen Problembereichen bei den als wichtiger eingestuften Problemen			
	%	N		%	N		%	N				
Ein Problem als wichtigstes vor allen anderen Problemen eingestuft	16	(209)	3	(9)	16	(415)	3	(9)	18	(136)	4	(9)
Zwei Probleme als gleich wichtig vor sieben anderen Problemen eingestuft	15	(194)	12	(31)	16	(424)	11	(34)	15	(109)	13	(27)
Drei Probleme als gleich wichtig vor sechs anderen Problemen eingestuft	13	(169)	16	(41)	15	(403)	19	(57)	12	(86)	17	(36)
Vier Probleme als gleich wichtig vor fünf anderen Problemen eingestuft	12	(154)	21	(56)	13	(345)	23	(69)	14	(105)	18	(38)
Fünf Probleme als gleich wichtig vor vier anderen Problemen eingestuft	12	(156)	20	(54)	11	(284)	16	(49)	12	(86)	18	(39)
Sechs Probleme als gleich wichtig vor drei anderen Problemen eingestuft	11	(152)	14	(38)	10	(253)	16	(48)	8	(63)	13	(27)
Sieben Probleme als gleich wichtig vor zwei anderen Problemen eingestuft	9	(125)	10	(25)	9	(246)	9	(28)	8	(58)	12	(25)
Acht Probleme als gleich wichtig vor einem anderen Problem eingestuft	6	(84)	3	(9)	7	(178)	3	(9)	6	(47)	4	(9)
Alle neun Probleme als gleich wichtig eingestuft	6	(85)	1	(1)	3	(90)	0	(1)	7	(50)	1	(1)
N	1328 = 89 %		264		2638 = 92 %		304		740 = 91 %		211	

Summiert man für den einzelnen Befragten die perzipierte Wichtigkeit über alle neun ausgewählten Probleme, so ergibt sich ein Indexwert von durchschnittlich 68 für die Jahre 1961 und 1964 und von 69 für das Jahr 1969. Der Index kann Werte von 0 (politische Probleme haben keine Bedeutung) bis 90 (politische Probleme haben die größtmögliche Bedeutung) annehmen. Wir meinen, die erreichten Indexwerte sind als hoch zu bewerten. Typisch für das Muster der Bedeutungseinschätzungen ist, daß nur die wenigsten Befragten ein einziges Problem als besonders wichtig vor allen anderen einstufen; vielmehr zeigte sich, daß die meisten Befragten *mehrere Probleme* – in unterschiedlichen Kombinationen – *als gleich wichtig* vor den verbleibenden anderen ansahen. Auch hierin ergab sich, wie die *Tabelle 4* (S. 34) zeigt, eine beachtliche *Stabilität* über die Zeit.

Die Einschätzung der Wichtigkeit politischer Probleme kann nur dann einen *Einfluß auf die Beurteilung der Parteien* und damit auf Konstanz oder Wechsel des Wahlverhaltens haben, wenn zwischen der Lösung der Probleme und den politischen Parteien vom Wähler ein *Zusammenhang* gesehen wird. Die durch die Umfragen ermittelten Daten zeigen, daß dies der Fall ist. Drückt man den Grad der Verbindung durch eine Indexzahl aus, die Werte von 0 (keine Verbindung zwischen Problemen und Parteien) bis 9 (vollständige Verbindung zwischen Problemen und Parteien) annehmen kann, so ist festzustellen, daß der Grad der Verbindung zwischen Problemen und politischen Parteien von 7.2 im Jahre 1961 auf 7.9 im Jahre 1969 angestiegen ist. Diese Indexwerte, die wir ebenfalls als hoch bezeichnen möchten, sprechen durchaus für einen instrumentellen Charakter des Wahlaktes, dafür also, daß die Wahl vom Wähler als Mittel zum Erreichen von politischen Zielen angesehen wird.

Nun könnte eingewandt werden, daß, unangesehen um welchen Problembereich es sich auch handelt, stets eine Verbindung mit der vom Befragten besonders geschätzten Partei hergestellt wird. Dies spräche gegen die Differenzierungsfähigkeit der Wählerschaft und würde die Kompetenzeinschätzungen zu einem bloßen Korrelat der Parteisympathie machen, die, nach dieser Argumentation, den Kompetenzeinstufungen vorausgehen.

Tabelle 5: Kompetenz von SPD und CDU/CSU zur Lösung ausgewählter politischer Probleme 1961–1969

Politische Probleme	1961		1964		1969	
	Kompetente Partei		Kompetente Partei		Kompetente Partei	
	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU
	%	%	%	%	%	%
Preisstabilität	39	43	45	40	57	33
Steuersenkung	41	39	45	36	59	25
Bessere Ausbildung	22	57	32	49	54	30
Alterssicherung	39	45	50	38	56	34
Sauberkeit im Staat	26	50	36	42	42	42
Sicherheit vor UdSSR	22	56	24	57	38	46
Wiedervereinigung	36	41	36	37	50	30
Gute Beziehungen zu den USA	13	70	16	70	29	60
Bessere Beziehungen zur UdSSR	45	35	40	39	68	17

würde. Empirisch läßt sich indes ein *Muster der Kompetenzeinschätzungen* ermitteln, das dieser These widerspricht. Als *Tabelle 5* (S. 35) ergeben sich einmal für die einzelnen Parteien *Kompetenzschwerpunkte*, die auch über die Zeit relativ stabil bleiben. So wurde der CDU/CSU auf innenpolitischem Gebiet, wenn auch mit abnehmender Tendenz, die Kompetenz auf dem Gebiet der Sicherheitsfragen („Sicherung vor russischem Angriff“) und für das Gebiet „Sauberkeit im Staat“ bescheinigt. Auf außenpolitischem Gebiet wurde die CDU/CSU zu allen drei Zeitpunkten mit der Erreichung des Zieles „gute Beziehungen zu den USA“ verknüpft. Die SPD konnte während der genannten Periode stets einen Vorsprung im Hinblick auf die Probleme „Steuersenkung“ und Herstellung eines „besseren Verhältnisses zur Sowjetunion“ für sich buchen. Eine *Veränderung* ergab sich für die Problemkreise „Wiedervereinigung“, „bessere Ausbildungsmöglichkeiten“, „Alterssicherung“ und „Sicherung der Preise“. Hier verschob sich die Kompetenz im Hinblick auf ein Durchsetzen dieser Ziele von der CDU/CSU auf die SPD.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Analyse das Bild einer Wählerschaft zeigt, die einerseits relativ stabile Zielvorstellungen artikuliert, die aber in bezug auf die Kompetenzen der einzelnen Parteien sehr wohl zu differenzieren und ihre Auffassung zu ändern vermag. Dieses Ergebnis verweist erneut auf die *Wechselbeziehung zwischen politischen Ereignissen*, definiert als das Resultat des Führungshandelns der politischen Parteien, und *der Beurteilung der politischen Parteien durch die Wählerschaft*.

3. Die Prognosekraft der Variablen „Parteisympathie“ und „Parteikompetenz“ für die Wahlentscheidung

Im Hinblick auf unser Modell bleibt nachzuweisen, bis zu welchem Grad Parteisympathie im allgemeinen und Parteikompetenz im besonderen Konstanz und Wechsel der Wahlentscheidung voraussagen. Die *Qualität der Voraussage* soll an der Prognosekraft von Variablengruppen gemessen werden, die traditionellerweise in der empirischen Sozialforschung als die wesentlichen Determinanten der Wahlentscheidung angesehen werden.

In der folgenden Analyse beschränken wir uns auf vier Gruppen von Wählern: konstante SPD-Wähler, konstante CDU/CSU-Wähler, SPD-CDU/CSU-Wechsler und CDU/CSU-SPD-Wechsler. Da keine Wiederholungsbefragungen (panels) zur Verfügung stehen, bei denen derselbe Befragte zu verschiedenen Zeitpunkten befragt wird, müssen wir uns bei der Definition der Wählertypen auf die Rückerinnerungsfrage nach der jeweils vorhergegangenen Wahlentscheidung verlassen¹¹. Außer den bereits angeführten Variablen Parteisympathie für SPD bzw. CDU/CSU und Problemkompetenz von CDU/CSU bzw. SPD (als mit der Bedeutungseinstufung gewichteter, auf alle 9 Probleme bezogener Index) werden die Variablengruppen Sozialer Status (Beruf des Haushaltungsvorstandes, Einkommen des Haushaltungsvorstandes, Schulbildung des Befragten, gewichtet durch die Scheuch'schen Statuspunkte¹²)

¹¹ Zur Möglichkeit, zurückliegende Ereignisse mit Rückerinnerungsfragen zu untersuchen, vgl. *Frederick Abrabams: Historical Perspectives and Survey Data: Expanding the Temporal Dimension through Secondary Analysis*. Paper presented at the International Conference on the Use of Secondary Analysis in the Social Sciences, Cologne, May 26–31, 1969.

¹² *Erwin K. Scheuch: Sozialprestige und soziale Schichtung*. In: *David V. Glass und René König* (Hrsg.): *Soziale Schichtung und soziale Mobilität* (Köln und Opladen 1961) S. 65–103.

und Region (zusammengesetzt aus Konfession des Befragten, Wohnortgröße und Lage des Wohnorts in der Nord-Süd-Richtung) zum Vergleich auf ihre Prognosekraft überprüft. Als Verfahren bedienen wir uns der *Diskriminanzanalyse*. Diese Technik kann die Frage beantworten, welche Kombinationen von Merkmalen zwei oder mehrere Gruppen am besten voneinander unterscheidet, in unserem Falle also die Gruppen der oben angeführten Wählertypen. Ein augenfälliges Maß für die Diskriminanzkraft bestimmter Merkmale bzw. Merkmalskombinationen ist die Zahl der Fehlklassifikationen; unter statistischen Gesichtspunkten ist die Maßzahl D^2 , die die generalisierte quadrierte Distanz zwischen den Gruppen ausdrückt, aussagefähiger¹³.

In *Tabelle 6* sind die Ergebnisse zusammengefaßt (S. 38). Die Ergebnisse zeigen einerseits, daß die Distanzen zwischen den konstanten Wählern der SPD und der CDU/CSU stets größer sind als die Distanzen zwischen den Wechselwählern. Das gilt im Hinblick auf alle zur Klassifizierung verwendeten Variablengruppen. Sie zeigen aber auch, und das ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß die Zahl der Fehlklassifikationen für die Variablen Parteisympathie und Problemkompetenz durchschnittlich geringer ist als für die Variablengruppen „Sozialer Status“ und „Region“.

In diesem Zusammenhang soll auf den Unterschied, der zwischen den einzelnen Wahlen besteht, nicht eingegangen werden. Die Klärung des Problems, wie der jeweilige Zustand des politischen Systems, das spezielle „Klima“ von Wahlen das Gewicht der einzelnen Variablen beeinflusst, wird Gegenstand weiterer Forschungen sein müssen.

¹³ Zur Methode der Diskriminanzanalyse vgl.: *George W. Snedecor and William G. Cochran: Statistical Methods* (The Iowa State University Press, Ames, Iowa, Sixth Edition, Second Printing 1968) S. 414–418. Zur Berechnung wurde das Programm Discriminant Analysis des IBM Scientific Subroutine Package, Version III, benutzt. *Erläuterung:* Beim Vergleich von zwei oder mehr Gruppen kommt es oft vor, daß für solche Gruppen (z. B. die Gruppe der konstanten SPD-Wähler, die Gruppe der konstanten CDU/CSU-Wähler, die Gruppe der SPD-CDU/CSU-Wechsler oder die Gruppe der CDU/CSU-SPD-Wechsler) nicht nur ein einziges, sondern eine ganze Anzahl meßbarer Merkmale kennzeichnend sind (z. B. die Sympathie für CDU/CSU und SPD; die Kompetenzeinstufungen für CDU/CSU und SPD; Merkmale des sozialen Status, wie Schulbildung, Beruf, Einkommen; Merkmale des ökologischen Kontextes, wie Ortsgröße, Religion oder Bundesland). In der *Diskriminanzanalyse* hat R. A. Fisher ein Verfahren entwickelt, das es gestattet, ein gemeinsames Maß aus den Einzelmaßen zu gewinnen und damit zwei oder mehr Gruppen mittels eines Indices auseinanderzuhalten. Die Zahl der *Fehlklassifikationen* gibt an, wie gut das gelingt. Sie sagt aus, wie häufig ein Objekt der falschen Gruppe zugeordnet wird (z. B. ein konstanter CDU/CSU-Wähler der Gruppe der konstanten SPD-Wähler). Die *Maßzahl D^2* , die von P. C. Mahalanobis entwickelt wurde, gibt uns darüberhinaus den „Abstand“, der zwischen zwei oder mehreren Gruppen im Hinblick auf die zur Trennung verwendeten Merkmale besteht.

Tabelle 6: Die Diskriminationskraft ausgewählter Variablen in bezug auf konstante Wähler der SPD vs. konstante Wähler der CDU/CSU sowie in bezug auf Wechselwähler der SPD vs. Wechselwähler der CDU/CSU im Zeitverlauf (1957/61 – 1965/69)

Für die Diskriminanzanalyse verwendete Variablen:		D ²	Konstante Wähler von SPD und CDU/CSU ¹		D ²	Wechselwähler von SPD und CDU/CSU ²	
			Fehlklassifikationen Konstante SPD-Wähler	Fehlklassifikationen Konstante CDU/CSU-Wähler		Fehlklassifikationen SPD → CDU/CSU-Wechsler	Fehlklassifikationen CDU/CSU → SPD-Wechsler
Problemlösekompetenz von SPD u. CDU/CSU	1957	370.11	15% (n=19)	10% (n=13)	.12	53% (n=8)	56% (n=13)
	1961						
	1961	440.18	8% (n=10)	13% (n=16)	1.89	38% (n=5)	42% (n=30)
	1964						
Partei-sympathie für SPD und CDU/CSU	1965	405.42	6% (n=8)	14% (n=18)	43.86	28% (n=5)	12% (n=4)
	1969						
	1957	399.20	6% (n=7)	6% (n=8)	1.52	40% (n=6)	30% (n=7)
	1961						
Sozialer Status (Beruf H. V., Einkommen H. V., Schulbildung)	1961	258.72	10% (n=13)	12% (n=15)	.90	38% (n=5)	60% (n=43)
	1964						
	1965	309.38	10% (n=12)	9% (n=11)	19.10	28% (n=5)	21% (n=7)
	1969						
Region (Konfession, Ortsgröße, Nord-Süd)	1957	28.90	29% (n=36)	46% (n=58)	7.53	40% (n=6)	30% (n=7)
	1961						
	1961	16.61	32% (n=40)	38% (n=48)	6.46	54% (n=7)	39% (n=28)
	1964						
	1965	29.75	26% (n=33)	44% (n=55)	1.37	28% (n=5)	47% (n=16)
	1969						
	1957	37.58	27% (n=34)	37% (n=46)	11.08	33% (n=5)	26% (n=6)
	1961						
	1961	21.44	33% (n=41)	39% (n=49)	8.95	31% (n=4)	32% (n=23)
	1964						
	1965	17.29	31% (n=39)	43% (n=54)	5.76	33% (n=6)	35% (n=12)
	1969						

¹ Sample von je 125 konstanten Wählern der SPD und der CDU/CSU aus allen Fällen mit vollständigen Angaben.

² Alle SPD → CDU/CSU-Wechsler und alle CDU/CSU → SPD-Wechsler mit vollständigen Angaben (1961: n=38; 1964: n=85; 1969: n=52)

Schluß

Wir sind in diesem Beitrag bewußt von der üblichen Behandlung des Themenkreises „Faktoren der Wahlentscheidung“ abgegangen. Dies deshalb, weil sich die empirische Wahlforschung nur allzu häufig mit „Erklärungen“ von der Art „Arbeiter wählen SPD“, „Katholiken wählen CDU/CSU“ begnügt. Erklärungen dieser Art, in welchem wissenschaftlichen Jargon sie auch immer vorgebracht werden mögen, führen unseres Erachtens theoretisch so nicht weiter. Das gleiche gilt für Ansätze, die den Wähler am Informationsstand und an der Motivation des professionellen Politikers messen. Das eine wie das andere wird dem Menschen nicht gerecht, für den Politik nur ein Aspekt unter vielen ist, mit denen er sich in seiner alltäglichen Umwelt auseinandersetzen hat¹⁴. Die Absicht, politisches Verhalten durch ein Modell zu erklären, das in erster Linie *politische Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung* betont, konnte nur unvollständig gelingen. Die Daten, die zur Stützung der vorgetragenen Thesen herangezogen wurden, waren nicht speziell zu ihrer Überprüfung erhoben worden. Das Handicap, nur mit Beispielen arbeiten zu können, den technisch perfekten Beweis jedoch schuldig bleiben zu müssen, haben wir also in Kauf genommen. Die weitere Forschung wird zeigen, wie tragfähig die These ist, daß die *Wahlentscheidung der Staatsbürger doch etwas mit Politik zu tun* hat.

Literaturhinweise

Auf die folgenden Beiträge der empirischen Wahlforschung im Hinblick auf Bundestagswahlen sei hingewiesen:

DIVO, Untersuchung der Wählerschaft und Wahlentscheidung 1957 (Selbstverlag Frankfurt am Main – Bad Godesberg 1958).

EMNID, Der Prozeß der Meinungsbildung, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1961 (Selbstverlag, Bielefeld 1962).

INFAS, Wahlhandbuch 1965 (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1965).

IFD, Wählermeinung nicht geheim (Verlag für Demoskopie, Allensbach am Bodensee 1970).

Wolfgang Hirsch-Weber und Klaus Schütz: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. In: Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 7 (Franz Vahlen GmbH, Berlin 1957).

Juan Linz: The Social Bases of German Politics (Dissertation, Columbia University, 1958). Überarbeitete Fassung: Cleavage and Consensus in West German Politics: The Early Fifties. In: Seymour M. Lipset and Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments (Free Press, New York 1967).

Uwe W. Kitzinger: German Electoral Politics. A Study of the 1957 Campaign (At the Clarendon Press, Oxford 1960); deutsch: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957 (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1960).

¹⁴ Vgl. dazu auch die Ausführungen von Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann: Das Forschungsprogramm der „Wahlstudie 1961“. In: Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Zur Soziologie der Wahl (Köln und Opladen 1965) S. 36.

Die Bundestagswahlen bis 1957 werden zusammenfassend abgehandelt in:

Erwin Faul (Hrsg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland. Eine Schrift der deutschen Wählergesellschaft (Ring Verlag, Villingen/Schwarzwald 1960).

Bernhard Vogel und *Peter Haungs*: Wahlkampf und Wählertradition. Eine Studie zur Bundestagswahl 1961 (Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965).

Erwin K. Scheuch und *Rudolf Wildenmann* (Hrsg.): Zur Soziologie der Wahl, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9 (1965).

Als Arbeiten unterschiedlicher Themenstellung im Rahmen der *Kölner Wahlstudie 1961* seien erwähnt:

Ferdinand A. Hermens, *Rene König*, *Erwin K. Scheuch* und *Rudolf Wildenmann* (Hrsg.): Politik und Wähler (A. Hain, Meisenheim a. G.), Bd. 1: *Franz Urban Pappi*: Wahlverhalten und politische Kultur (1970).

Bd. 2: *Hans D. Klingemann*: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung. Eine regionale Wahlanalyse (1969).

Bd. 3: *Max Kaase*: Wechsel von Parteipräferenzen (1967).

Bd. 7: *Vera Gemmecke*: Parteien im Wahlkampf (1967).

Karl Heinz Diekershoff: Das Wahlverhalten von Mitgliedern organisierter Interessengruppen (Dissertation, Köln 1964).

Gunnar von Schuckmann: Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung im Jahre 1871 (Dissertation, Köln 1965).

Theodor Wernerus: Die Massenkommunikationsmittel und der Bundestagswahlkampf 1961 (Dissertation, Köln 1965).

Die Bundestagswahl 1969 haben zum Gegenstand die Arbeiten von:

Max Kaase: Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969. In: Politische Vierteljahresschrift, 11. Jg. (1970) Heft 1, S. 46–110.

Werner Kaltefleiter, *Peter Arend*, *Paul Kevenhörster*, *Rüdiger Zülch*: Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969 (Köln 1970).

Hans D. Klingemann und *Franz Urban Pappi*: Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969. In: Politische Vierteljahresschrift, 11. Jg. (1970) Heft 1, S. 111–138.

David P. Conradt: The West German Party System: An Ecological Analysis of Social Structure and Voting Behavior, 1961–1969. Comparative Politics Series, Vol. 3 (Sage Publications, Beverly Hills – London 1972).

Einen instruktiven *Überblick über die empirische Wahlforschung* geben:

Nils Diederich: Empirische Wahlforschung (Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965).

Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems (Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1971), hier insbesondere die Kapitel 4 und 5.